

**Rede von Oberbürgermeisterin Katharina Pötter
aus Anlass des Handgiftentags am Montag, 8. Januar 2024,
im Friedenssaal des Rathauses der Stadt Osnabrück**

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,
sehr geehrte Mitglieder des Rates, der Ausschüsse und Beiräte,
sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtags,
sehr geehrte Ehrenbürger – lieber Christian Wulff, lieber Hans-Jürgen Fip,
liebe Landrätin Anna Kebschull,
liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus dem Osnabrücker Land,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Kammern und Behörden, der Universität und der
Hochschule, der Wirtschaft und der Medien,
liebe Vorstandskollegen,
sehr geehrte Ehrenringträger, Bürgermedaillenträger und Träger des Akyürek-Preises,
Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften, Vertreter der Religionsgemeinschaften und des
Jugendparlaments und der befreundeten öffentlichen Verwaltungen,

meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

es ist voll im Friedenssaal...! Und wenn es hier – oder draußen auf dem schönsten Platz Deutschlands
– voll ist, dann gibt es dafür meistens einen schönen Grund. So wie heute. Oder bei vielen
Veranstaltungen unseres Friedensjubiläums im vergangenen Jahr, an die ich mich gerne
zurückerrinnern werde. Ich denke da zum Beispiel an das große Friedenssingen auf dem Markt, bei
dem ich nicht nur einmal eine Gänsehaut bekommen habe. Oder auch an den gemeinsamen Auftritt
der Chöre aus unseren Partnerstädten und aus Stockholm.

Ich denke auch an viele sympathische Begegnungen mit unseren Freunden aus Münster. Aber auch
die eindrucksvolle Forken-Skulptur von Volker-Johannes Trieb an der Rathausfassade gehörte zu den
Höhepunkten, ebenso wie das Kunstwerk von Ibrahim Mahama. Ich weiß natürlich, dass die verhüllte
Galeria-Fassade längst nicht jedem gefallen hat. Aber auch das muss in meinen Augen Platz haben in
einem solchen Friedensjahr in einer weltoffenen und modernen Stadt wie Osnabrück: Internationale
Kunst, die zweifellos nicht dem Massengeschmack entspricht, die manche sogar regelrecht verärgert
und die in jedem Fall polarisiert – die aber zur Diskussion einlädt und schon deshalb relevant ist, weil
sie wohl niemandem gleichgültig war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten in meinen Augen ganz grundsätzlich der in
Osnabrück durchaus gelegentlich zu spürenden Versuchung widerstehen, uns kleiner zu machen, als
wir sind. Und das gilt eben auch für den Umgang mit Kunst – ganz gleich, ob sie einem persönlich nun
gefällt oder nicht.

Ich könnte noch mehrere weitere Höhepunkte des Friedensjahres nennen – wie das
Demokratieforum mit Michel Friedman und die Ausstellung #nichtmuedewerden, für die unser
Museumsquartier verdientermaßen überregionale Aufmerksamkeit erhalten hat. Auch die
Verleihung des Remarque-Friedenspreises an die Schriftstellerin Ljudmila Ulitzkaja wird mir positiv im
Gedächtnis bleiben.

Das Friedensjahr 2023 mag insgesamt vielleicht etwas weniger gezündet haben als die 350-Jahr-Feier vor 25 Jahren. Und sicherlich hätte man im Rückblick auch das eine oder andere anders machen können. Für die Zukunft sollten wir uns zum Beispiel vornehmen, bei unseren Angeboten mehr als zuletzt die breite Bevölkerung als Zielgruppe im Blick zu haben. Natürlich nicht nur. Aber vor allem.

Schon bald haben wir erneut die Chance dazu. Ende des Jahres haben wir erfreulicherweise von der Landesregierung den Zuschlag für den „Tag der Niedersachsen“ im Jahr 2025 erhalten. Wer es sich schon einmal notieren möchte: Der Termin steht inzwischen fest. Es sind die drei Tage des letzten Augustwochenendes, 29. bis 31. Unsere Marketing Osnabrück hat inzwischen mit den Vorbereitungen begonnen, und die Osnabrückerinnen und Osnabrücker können gespannt sein, was ihnen und unseren Gästen im übernächsten Sommer geboten wird. Darauf freue ich mich – so wie ich mich bereits für dieses Jahr auf die 50. Auflage unserer Maiwoche freue, die wieder im XXL-Format stattfinden wird, oder auch auf das 50-jährige Jubiläum unserer Universität.

Wenn wir uns noch einmal an das vergangene Friedensjahr erinnern, dann gehört zum Rückblick leider auch, dass es vielfältig überschattet wurde. Wir haben in Münster und Osnabrück den wegweisenden Friedensschluss von 1648 gefeiert – und mussten uns immer darüber im Klaren sein, dass zeitgleich an vielen Orten unserer Welt Krieg herrscht. So ist es auch seit mittlerweile fast zwei Jahren im Osten Europas. Der russische Diktator lässt weiterhin keinen Zweifel daran, dass die Eroberung benachbarter Territorien in seinen Augen wieder zum völlig selbstverständlichen machtpolitischen Instrumentarium zählt. Wir hatten uns lange eingeredet, so etwas gehöre zumindest in Europa der Vergangenheit an. Inzwischen sind wir in einer neuen Realität aufgewacht, in der wir wahrscheinlich in den kommenden Monaten und Jahren leider noch viele scheinbare Gewissheiten infrage stellen müssen. Was wir hingegen nicht dürfen: Uns einfach daran zu gewöhnen, dass in der Ukraine Leid und Krieg herrschen und Russland zudem Anspruch auf weitere Gebiete erhebt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen in der Ukraine dürfen sich auch weiterhin der Solidarität der Friedensstadt Osnabrück sicher sein!

Zweifellos in die Geschichtsbücher eingehen wird auch der 7. Oktober – als Datum eines unfassbaren Zivilisationsbruchs, der weit über den Nahen Osten hinaus noch sehr, sehr lange nachwirken wird. Das blutige Massaker, das die Terroristen der Hamas an der israelischen Bevölkerung verübt haben – an Frauen und Männern jeden Alters, sogar an völlig wehrlosen Babys und Kleinkindern – hat uns zutiefst entsetzt. Und es hat unfassbares Leid nicht nur über Israel gebracht, sondern auch über die Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen. Denn die Hamas und ihre Unterstützer im Iran und anderswo wussten natürlich sehr genau, dass die israelische Armee mit kompromissloser Härte auf die grauenhaften Morde, Vergewaltigungen und Entführungen reagieren würde. Und sie haben diese harte Reaktion nicht bloß in Kauf genommen. Sie war vielmehr von Anfang an Teil ihres Plans, der nur ein Ziel hat: Möglichst großen Hass zu entfesseln, und zwar möglichst weltweit. Die Terroristen haben vorhergesehen, dass die Bilder des unsagbaren Leids, das mittlerweile im Gaza-Streifen herrscht, in der Wahrnehmung vieler Menschen die Bilder des Massakers vom 7. Oktober allmählich überlagern würden. Und sich der Zorn darüber, dass unschuldige Menschen leiden und sterben, schon bald vor allem gegen den Staat Israel richten würde – aber auch ganz allgemein gegen Jüdinnen und Juden. Nicht bloß in Israel, sondern überall auf der Welt.

Wir erleben seither auch in Deutschland eine Welle des Antisemitismus, wie ich sie 85 Jahre nach der Reichspogromnacht nicht für möglich gehalten hätte. Osnabrücker Jüdinnen und Juden haben mir in Gesprächen sehr eindringlich gesagt, dass sie Angst haben. Einige lassen ihre Kinder sogar vorsichtshalber nicht mehr in die Synagoge gehen. Plötzlich müssen wir uns sehr ernsthaft fragen, ob unsere Gedenkkultur nur noch eine zum Ritual erstarrte Pflichtübung ist – oder ob sie zumindest an weiten Teilen der Bevölkerung vorbeiläuft, zum Beispiel (aber nicht nur!) an Deutschen, deren

Familien während der NS-Zeit noch gar nicht in Deutschland lebten und die somit für sich den falschen Schluss ziehen, die Bewältigung der deutschen Vergangenheit gehe sie nichts an.

Zahlreiche Gespräche habe ich bei meinen Besuchen in den Moscheen unserer Stadt aber auch mit Angehörigen der islamischen Gemeinden geführt. Auch mit ihnen macht es etwas, wenn Muslime von einigen Menschen nun pauschal schräg angesehen werden. Wenn zum Beispiel Kinder völlig geknickt aus der Schule nach Hause kommen und erzählen, dass sie von Mitschülern als Terroristen bezeichnet worden sind, dann müssen wir auch das sehr ernst nehmen.

In diesem Zusammenhang gehört zu meinem Rückblick auf das Jahr 2023 aber auch etwas sehr Positives, das mir vielleicht sogar noch stärker in Erinnerung bleiben wird als das Friedensjahr oder auch der Jubel in der legendären 90+6. Minute an der Bremer Brücke. Als weltweit Freundschaften zerbrachen, weil sich Menschen, von denen es niemand gedacht hätte, plötzlich antisemitisch äußerten – als es in deutschen Städten Demonstrationen gab, bei denen ein wütender Mob nach der Vernichtung Israels schrie und ein weltweites Kalifat forderte – als es weltweit zu diplomatischen Eklats kam und zu gewalttätigen Auseinandersetzungen... in einer Stimmung des scheinbar unversöhnlichen Gegeneinanders also... fanden sich die Vertreter der Religionsgemeinschaften in Osnabrück zusammen, diskutierten kontrovers miteinander – und einigten sich schließlich auf eine gemeinsame Resolution. Diese wurde wenig später sogar wortgleich vom Runden Tisch der Religionen Deutschlands übernommen. Und als die Religionsgemeinschaften in Osnabrück zusammen ein Friedensgebet abhielten, kam es zu bewegenden Szenen. Juden und Muslime umarmten sich. Sie machten deutlich, dass sie auch weiterhin Freunde sein möchten und keine Gegner. Vor der Synagoge kam es auf Initiative von Reinhard Richter außerdem zu Mahnwachen, an denen sich die Vertreterinnen und Vertreter vieler Osnabrücker Institutionen sowie zahlreiche Privatpersonen beteiligt haben. In diesen Momenten, meine sehr geehrten Damen und Herren, wusste ich wieder, warum das Wort „Friedensstadt“ auf unserem Ortsschild steht. Es ist eben kein Marketing-Gag, der sich den glücklichen Zufall zunutze macht, dass unsere Stadt vor 375 Jahren kurz im Zentrum der Weltgeschichte stand. Die Friedenskultur wird in Osnabrück tatsächlich gelebt, und das hat mich tief berührt und mit großem Stolz erfüllt.

Unsere Friedenskultur ist unter anderem untrennbar mit dem Namen des Osnabrückers Erich Maria Remarque verbunden, der international zweifellos zu den bekanntesten deutschen Schriftstellern gehört. Das wurde nicht zuletzt wieder deutlich, als die Neuverfilmung von „Im Westen nichts Neues“ im vergangenen Jahr zu mehrfachen Oscar-Ehren kam. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass wir Remarque in Osnabrück zu noch größerer Sichtbarkeit verhelfen sollten – mit aller Demut, wie ich betonen möchte, denn natürlich darf bei allem Stolz auf Remarque als Sohn dieser Stadt nie vergessen werden, dass dieser große Schriftsteller unter seiner Heimat Deutschland in der Zeit des Nationalsozialismus extrem zu leiden hatte – schrecklicherweise bis hin zum Justizmord an seiner Schwester Elfriede Scholz. Das Remarque-Friedenszentrum am Markt sollte in meinen Augen noch einmal deutlich sichtbarer und attraktiver werden. Kein Osnabrücker Schüler sollte die Schule verlassen, ohne es zumindest einmal besucht zu haben. Ich freue mich schon jetzt darauf, dass wir in diesem Jahr in einer Sonderausstellung auch das Originalmanuskript von „Im Westen nichts Neues“ wieder einmal zeigen können.

Dass die gelebte Friedenskultur, aber auch der Name Remarque zur Osnabrücker DNA gehören, haben uns auch 7000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der repräsentativen Umfrage zu unserer Stadtmarke bestätigt, darunter 500 Fachkräfte aus anderen Regionen Deutschlands. Der von der mO verantwortete Markenprozess gehörte zu den wichtigsten Projekten des Jahres 2023 und wird uns auch in diesem Jahr und in den Jahren danach weiter nachhaltig begleiten. Dabei geht es nicht um bunte Plakate in Bahnhöfen oder um oberflächliche Slogans, wie manche glauben. Es geht auch nicht

darum, alles abzuschaffen oder zu verstecken, was nicht massentauglich ist. Es geht vielmehr um etwas, das in der Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit ist: Es geht um ein einheitliches Marketing unserer Stadt und auch um eine einheitliche Kommunikation gegenüber Bevölkerung und Presse.

Denn „Osnabrück“ ist ja bereits jetzt eine Marke. Allerdings eine Marke, mit der überregional viel zu wenig verbunden wird. Damit unsere Marke künftig deutlicher wahrgenommen wird – und zwar möglichst positiv! –, so wie es zum Beispiel bei Städten wie Hamburg, Freiburg oder Münster bereits ist, stellen wir künftig ganz gezielt das ins Schaufenster, was unsere Stadt wirklich ausmacht. Wir betonen in der Außenkommunikation unsere Pluspunkte, die uns dabei helfen können, Fachkräfte an uns zu binden – oder sie erst noch zu uns zu holen. Es geht also nicht zuletzt um den Wettbewerb um die besten Köpfe, und somit auch um unsere Zukunft als Wirtschaftsstandort.

Denn für Osnabrück gilt das, was für ganz Deutschland gilt: Wer glaubt, sich auf dem Erreichten ausruhen zu können – wer meint, dass es uns doch vielleicht sogar ganz guttäte, mal einen Gang zurückzuschalten – wer der Meinung ist, ein bisschen weniger Wohlstand reiche doch auch noch... der wird sich möglicherweise schon bald in einer Realität wiederfinden, in der viele scheinbare Selbstverständlichkeiten und soziale Errungenschaften unwiederbringlich verloren sind.

Wenn ich zum Beispiel höre, dass die deutschen Treibhausgas-Emissionen im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2022 um 10 Prozent zurückgegangen sind, dann klingt das erst einmal positiv. Aber sieht man einmal genau hin, ist diese Zahl eben kein Ausdruck dafür, dass notwendige Klimaschutzmaßnahmen greifen, worüber wir uns freuen könnten. Sie ist stattdessen leider vielmehr vor allem eins: Ein Indikator für einen ganz erheblichen Auftragsschwund für unsere Industrie. Hinzu kommt, dass der Rückgang der Emissionen auch damit zusammenhängt, dass Deutschland zuletzt deutlich mehr Strom als zuvor aus anderen Ländern importiert hat. Die Experten der einflussreichen Denkfabrik „Agora Energiewende“ gehen davon aus, dass gerade einmal 15 Prozent der Treibhausgas-Einsparungen auf Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen sind. Die restlichen 85 Prozent sind nichts anderes als ein Zeichen des wirtschaftlichen Abschwungs. Wer solche Zahlen für nicht so schlimm hält, meine sehr geehrten Damen und Herren, oder womöglich sogar für erfreulich, der hat in meinen Augen noch nicht begriffen, was für uns auf dem Spiel steht.

Ja, Deutschland ist ein reiches Land, und auch in Osnabrück haben wir im zurückliegenden Jahr noch einmal Rekordeinnahmen bei der Gewerbesteuer verzeichnen können. Aber es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass schon alles im Wesentlichen so bleiben wird, wie wir es seit Jahrzehnten gewohnt sind. Dafür gerät auf unserer Welt derzeit viel zu viel in Schieflage – vom fortschreitenden Klimawandel bis hin zur neuen Begeisterung für autoritäre Machthaber, die für komplexe Probleme vermeintlich einfache Lösungen anbieten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ergebnis der Wahlen in den Vereinigten Staaten im November könnte die westliche Welt, so wie wir sie kennen, innerhalb weniger Monate so massiv verändern, dass heute niemand seriös voraussagen kann, was das mit Europa, insbesondere mit Deutschland machen würde.

Aber auch die derzeitigen Umfrageergebnisse in unserem eigenen Land und die insgesamt aufgeheizte, bisweilen regelrecht aggressive Stimmung müssen uns beunruhigen. Wenn uns immer mehr Menschen demonstrativ den Rücken zudrehen und sich in Echokammern im Internet verabschieden, in denen unsere liberale Demokratie verächtlich gemacht wird... wenn in Sachsen inzwischen für den laut Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ geltenden Landesverband einer Partei sogar eine absolute Mehrheit durchaus im Bereich des Möglichen zu sein scheint... dann sind das mehr als deutliche Alarmsignale, die nicht überhört werden dürfen.

Forscher gehen davon aus, dass ein Teil der Bevölkerung inzwischen für die Idee eines liberalen, demokratischen Rechtsstaates verloren ist – in besonderem Maße im Osten Deutschlands, aber

durchaus auch hier bei uns. Für den weitaus größten Teil derer, die in Umfragen erklären, Radikale und Populisten wählen zu wollen, gilt das aber nicht. Sie sind vielmehr vor allem enttäuscht, fühlen sich nicht mehr wahrgenommen und haben den Eindruck, die Politik lebe in einer völlig anderen Realität als sie selbst und regiere konsequent und mit Vorsatz an ihren Interessen vorbei. Es wird eine schwierige Aufgabe sein, sie davon zu überzeugen, dass die Vorstellung vom „Wahlzettel als Denkkarte“ nicht bloß in eine Sackgasse führt, sondern für unser Land brandgefährlich ist. Zu dieser Überzeugungsarbeit gehört allerdings auch, sie nicht als dumme Wutbürger zu verspotten, sondern sich ihre teilweise durchaus berechtigten Sorgen und Ängste aufmerksam anzuhören.

Gerade heute haben die Landwirte der Region wieder ihren Zorn auf die Osnabrücker Straßen getragen. Sie fühlen sich von der Politik und den Behörden seit Jahren gegängelt, von oben herab behandelt, als notorische Umweltsünder abgestempelt und angesichts eines stetig größeren Preisdrucks letztlich in ihrer Existenz bedroht. Sie haben in unserer Demokratie jedes Recht dazu, in unserer Stadt zu demonstrieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wer ihnen einmal in Ruhe zuhört, so wie ich es heute Vormittag getan habe, wird feststellen, dass ihre Anliegen durchaus nachvollziehbar sind. Er wird außerdem feststellen, dass sich die Landwirte zumindest in unserer Region sehr überzeugend davon distanzieren, dass Rechtsradikale versuchen, ihren Protest zu kapern.

Wenn allerdings der Bundeswirtschaftsminister in einer Art und Weise angegangen wird, wie es in der Vorwoche in Schleswig-Holstein geschehen ist, dann endet bei mir jedes Verständnis. Es gibt rote Linien, meine sehr geehrten Damen und Herren, und glücklicherweise hat das Landvolk aus unserer Region dazu ja auch sehr klare Worte gefunden.

Leider erleben wir in jüngster Zeit immer häufiger, dass Menschen in unserem Land glauben, die roten Linien im Dienste einer angeblich gerechten Sache überschreiten zu dürfen. So manches ehrenamtliche Ratsmitglied in diesem Saal musste sich schon übelste Beschimpfungen anhören. Regelmäßig ziehen außerdem Aktivisten vor unser Stadthaus, wo sie dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Ausländerbehörde als Mörder und Rassisten beleidigen. Um das an dieser Stelle einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Ich verbitte mir diese Unverschämtheit gegenüber meinen Kolleginnen und Kollegen! Diese müssen in erster Linie ausbaden, was an anderer Stelle entschieden – und oft genug leider auch nicht entschieden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit bei uns in Deutschland und in unserer Stadt auch künftig so viele Menschen wie möglich gut leben können, benötigen wir nicht zuletzt eine möglichst robuste Wirtschaft. Zu unserer Stadtmarke gehören der repräsentativen Umfrage zufolge deshalb nicht umsonst unsere zahlreichen mittelständischen Familienunternehmen. Dazu zählt aber zum Beispiel auch unsere junge Start-up-Szene, um die uns viele beneiden. Einen großen Anteil daran, dass wir mittlerweile als Start-up-Hauptstadt Niedersachsens gelten, haben auch unsere Hochschule und unsere Universität. Und auch sie, also unser erfolgreicher Wissenschaftsstandort, gehören im Übrigen zu den Treibern unserer Stadtmarke. Noch in diesem Jahr kommt der Civil Tech Hub dazu. In diesem Accelerator werden Start-ups angesiedelt, die mit ihren Innovationen die Digitalisierung von öffentlichen Verwaltungen vorantreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist für unsere Stadt auch außerhalb der Gründerszene von höchster Wichtigkeit, dass es unseren Unternehmen gutgeht. Ich bin deshalb davon überzeugt, dass wir in Sachen „Wirtschaftsfreundlichkeit“ durchaus noch eine große Schippe drauflegen können. Die Diskussion in der Öffentlichkeit und auch in den politischen Gremien wird mir manchmal etwas zu einseitig in die Richtung geführt, der Ansiedlung oder Weiterentwicklung von Firmen zunächst einmal skeptisch gegenüberzustehen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Es ist zweifellos richtig und wichtig, dass wir darauf achten, dass die Verkehrsbelastung in einem Stadtteil nicht zu stark wird

und dass es keine schwerwiegenden Eingriffe in die Natur gibt. Und natürlich ist es auch weiterhin wichtig, dass in Unternehmen Arbeitnehmerrechte und hohe Sozialstandards gelten. Aber wenn wir in Deutschland den Fehler machen, der Wirtschaft grundsätzlich erst einmal zu misstrauen und ihr staatlicherseits möglichst viele Fesseln anzulegen – dann wird es für uns ein böses Erwachen geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen anstrengungslosen Wohlstand, in dem die Menschen von allen Zumutungen freigehalten werden, und in dem es nur noch darum geht, das Vorhandene möglichst gerecht zu verteilen, wird es nicht geben. Nicht in Deutschland und nicht bei uns in Osnabrück. Entsprechende Signale aus der Osnabrücker Unternehmerschaft, die sich ausdrücklich mehr Unterstützung von uns wünscht, sollten wir deshalb sehr ernst nehmen. Es geht nicht darum, dass die Stadt grundsätzlich nach der Pfeife der Unternehmerinnen und Unternehmer tanzt. Doch wir sollten sie als Partnerinnen und Partner betrachten, bei denen wir davon ausgehen, dass sie nicht bloß eigennützige Motive verfolgen, sondern – ebenso wie wir – das Wohl unserer Stadt im Blick haben. Aber auch das Wohl unserer gesamten Region, und zwar über kommunale Grenzen oder auch über die Grenze nach NRW hinaus. Ich denke da unter anderem an die in meinen Augen sehr sinnvolle Idee weiterer interkommunaler Gewerbegebiete.

Ganz grundsätzlich müssen wir auch in Osnabrück nach meinem Dafürhalten viel häufiger erst einmal die Chancen sehen, die sich uns bieten, bevor wir die Risiken in den Blick nehmen, bürokratische Hürden auftürmen, Projekte verschleppen oder sogar verunmöglichen und voreilige Verbote aussprechen. Das gilt zum Beispiel auch für den Bereich der Künstlichen Intelligenz, der gerade uns in Osnabrück sehr am Herzen liegen sollte. Wir sind froh und dankbar, dass sich das DFKI für einen Standort im Copenrath Innovation Center entschieden hat. Einige KI-Unternehmen haben sich bereits angesiedelt, weitere werden noch folgen. Im ehemaligen Ringlokschuppen könnte sich schon bald einer der wichtigsten KI-Standorte Deutschlands befinden. Das alles darf keinesfalls zerredet werden. Denn für unsere Stadt ist das eine riesengroße Chance!

Das ist erst recht in Zeiten wie diesen existenziell wichtig. Seit Beginn der Pandemie befinden wir uns in einer Dauerkrise, die die Phase zuvor, in der es uns in Deutschland so gutging wie wohl noch nie in unserer Geschichte, jäh beendet hat. Auch uns in Osnabrück treffen krisenhafte Entwicklungen hart, zum Beispiel in der Baubranche. Das zeigt sich im Bereich der Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum, gerade für Menschen mit kleineren oder mittleren Einkommen. Noch im Januar werden wir bei einem ersten Osnabrücker Baugipfel mit Fachleuten und Unternehmen darüber sprechen, was wir als Stadt tun können, um bürokratische Hürden abzubauen und Investitionen zu unterstützen.

Die gegenwärtig schwierige Situation der Branche zeigt sich im Übrigen leider ausgerechnet am Neumarkt. Nach Jahren des Stillstands, den wir uns zumindest teilweise selbst zuzuschreiben hatten, greifen nun Krisenmechanismen, die wir kaum beeinflussen können. So schwer es uns auch fällt: Wir werden uns wohl auch weiterhin in Geduld üben müssen. Kleinere Verbesserungen wird es sicherlich geben – und auch geben müssen. Ich denke da nicht zuletzt an die Sauberkeit, die dort – und auch anderswo im Zentrum – völlig zu Recht immer wieder von unseren Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Gästen unserer Stadt bemängelt wird. Aber bis der Neumarkt insgesamt wieder ein Hingucker im positiven Sinn ist, wird allen Anstrengungen zum Trotz noch einige Zeit ins Land gehen. Ich weiß, dass das unbefriedigend ist, aber es ist eine Frage der Aufrichtigkeit, es ehrlich auszusprechen.

Ich kann aber allen Bürgerinnen und Bürgern versichern, dass wir in ständigem Kontakt mit allen relevanten Akteuren stehen und die Prozesse beschleunigen, wo immer wir können. Dass durchaus nicht bloß überall Stillstand herrscht, zeigt im Übrigen der stetige Fortschritt auf der benachbarten Baustelle an der Möserstraße, wo derzeit ein innovativer Wohnkomplex in die Höhe wächst.

Auch der kürzlich erfolgte erste Spatenstich auf dem früheren Sinn-Leffers-Grundstück an der Johannisstraße, wo moderne Übernachtungskapazitäten für Kurz- und Langzeitbesucher unserer Stadt entstehen, gibt uns Anlass zum Optimismus – genauso wie die Gespräche mit dem Investor der Johannis-Höfe, der erst kürzlich noch einmal sehr deutlich seinen Willen zum Ausdruck gebracht hat, seine Pläne am Neumarkt so bald wie möglich zu realisieren.

In anderen Bereichen treffen uns die Entwicklungen der jüngsten Zeit aber leider hart. Die Verwaltung arbeitet derzeit gemeinsam mit den Stadtwerken mit Hochdruck an der kommunalen Wärmeplanung. Das ist eine wahre Mammutaufgabe, die der Vorgabe des Gesetzgebers folgt, mittelfristig ohne klimaschädliches Öl und Gas auszukommen. Schon jetzt ist klar, dass für die Umstellung der Wärmenetze in den kommenden Jahren nicht nur massive Investitionen erforderlich sein werden, sondern auch umfangreiche Bauarbeiten, die die schon jetzt als starke Belastung empfundenen Baustellen in unserer Stadt noch einmal deutlich in den Schatten stellen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anders als im Sommer 2010 haben wir beim jüngsten Hochwasser großes Glück gehabt. Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und nicht zuletzt allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die auch an Heiligabend und an den Weihnachtstagen – zum Teil außerhalb des Dienstplans – wie selbstverständlich zur Verfügung standen, um die Pegelstände im Blick zu behalten und auch zu vereinzeltten Hilfseinsätzen auszurücken. Ein Blick ins Emsland, nach Oldenburg und in den Osten Niedersachsens zeigt, wie schlimm eine solche Lage werden kann, und es ist für mich beruhigend zu sehen, wie bei uns in schwierigen Situationen die Räder ineinandergreifen.

Dennoch kommen auf uns in den nächsten Jahren kostspielige Maßnahmen zu, mit denen Effekte des Klimawandels abgefedert werden müssen. Die Stadt so gut wie möglich vor Überschwemmungen durch Stark- oder Dauerregen zu schützen, ist dabei nur ein Aspekt. Auch die Aufrechterhaltung der scheinbaren Selbstverständlichkeit, dass zuverlässig Trinkwasser aus der Leitung fließt, wenn man den Wasserhahn aufdreht, wird uns künftig noch viel Geld kosten.

Auch um unser Gesundheitswesen steht es nicht zum Besten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zum Jahresende erteilte uns und weitere Kommunen der Hilferuf der Niels-Stensen-Gruppe. Glücklicherweise ist zumindest der kurzfristige Finanzbedarf unter anderem für das Marienhospital inzwischen gesichert. Unsere Position bleibt aber klar: Für die laufenden Kosten der Krankenhäuser in Deutschland ist der Bund zuständig und für die Investitionskosten das Land. Vor allem der Bundesgesundheitsminister darf sich dabei nicht einfach aus der Verantwortung stehlen. Er sollte auch nicht den Eindruck erwecken, dass er Insolvenzen vor allem kleinerer Häuser billigend in Kauf nimmt, um so eine Marktberreinigung zu forcieren.

Aber auch wir als Oberzentrum haben abseits der Finanzierungsfragen selbstverständlich eine Verantwortung für eine hochwertige, stabile Gesundheitsversorgung in unserer gesamten Region zum Wohle unserer Bevölkerung. Wir dürften uns sicherlich darüber einig sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Lösung der aktuellen Probleme nicht in einem „Weiter so“ liegen kann. Wir müssen uns mittelfristig von Konkurrenzdenken und teuren Doppelstrukturen verabschieden und verstärkt auf Kooperationen setzen. Unsere Rolle als Stadt besteht vor allem darin, die in diesem Zusammenhang notwendigen Gespräche zwischen Marienhospital und Klinikum zu moderieren – auf der Suche nach einer für alle Seiten tragfähigen Lösung. Wie diese genau aussehen wird, kann ich heute noch nicht vorhersagen. Aber auch eine gemeinsame Trägerschaft der beiden Häuser darf in meinen Augen kein Tabu sein. Die Zeit drängt, meine sehr geehrten Damen und Herren, weshalb ich bereits in den kommenden Tagen erneut mit einem konkreten Gesprächsangebot auf die Träger der Niels-Stensen-Kliniken zugehen werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen zu Beginn des Jahres 2024 vor großen Herausforderungen, aber wir haben in vielen Bereichen auch großes Gestaltungspotenzial. So sollten wir dem Umstand Rechnung tragen, dass zu unserer Stadtmarke auch unsere vielfältigen Freizeitmöglichkeiten gehören. Dazu zählt unser Zoo als besonderer Leuchtturm, aber auch die lebendige und vielfältige Club-Szene. Damit es so bleibt, sollten wir der Veranstaltungsgastronomie in diesen Zeiten etwas entgegenkommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, meines Erachtens sollten wir künftig auf die Vergnügungssteuer für Tanzveranstaltungen verzichten. Diese Steuer wirkt nicht nur aus der Zeit gefallen, sie verursacht in der Verwaltung auch einen nicht unerheblichen personellen Aufwand, der die für die Stadtkasse erzielten Einnahmen sogleich wieder erheblich schmälert. Und den Gastronomen kommt sie gleich doppelt teuer zu stehen, da auch für sie zur eigentlichen Entrichtung der Abgabe noch ein hoher bürokratischer Mehraufwand hinzukommt.

Da wir in Zeiten knapper Kassen unter dem Strich aber nicht so einfach auf Einnahmen verzichten können, sollten wir im Gegenzug die Vergnügungssteuer für Geldspielautomaten deutlich anheben. Denn diese in meinen Augen durchaus fragwürdige Freizeitbeschäftigung zumindest etwas zurückzudrängen, ist nicht zuletzt auch ein Beitrag zur Suchtprävention, die uns engagierte Fachleute, zum Beispiel von Diakonie und Caritas, immer wieder dringend ans Herz legen. Ich werde dem Rat in Kürze einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag unterbreiten und hoffe auf Ihre Unterstützung, liebe Ratskolleginnen und -kollegen.

Ein weiterer Bereich, in dem wir gemeinsam bereits erfolgreich unsere Gestaltungsspielräume nutzen konnten, ist ein Beitrag zur Unterstützung der Familien mit Kindern. Zum neuen Schuljahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden alle Grundschulen in Osnabrück in Ganztagschulen umgewandelt worden sein – und damit zwei Jahre früher, als es uns der Gesetzgeber aufgegeben hat. Darum beneidet uns ganz Niedersachsen, und darauf dürfen wir ruhig auch einmal stolz sein. Mein ausdrücklicher Dank gilt hier den Ratskolleginnen und -kollegen, dass sie dem von der Verwaltung eingeschlagenen Weg einmütig gefolgt sind. Auch ansonsten dominiert in unserer Stadtpolitik inzwischen klar das Miteinander und nicht wie früher schon einmal das Gegeneinander.

Dass der Rat sich trotz der fraglos desaströsen Finanzlage, in der sich auch unserer Kommune befindet, erneut ohne verbales Getöse und gegenseitige Anschuldigungen konstruktiv auf einen Haushalt geeignet hat, ist keine Selbstverständlichkeit. Dasselbe gilt für die Einigkeit, die mittlerweile darüber herrscht, dass wir den Fahrradverkehr in Osnabrück sicherer machen müssen.

Dass Kompromisse möglich sind, haben wir nicht zuletzt auch eindrucksvoll bewiesen, als wir kurz vor der Sommerpause nach jahrelangem Hickhack einen Beschluss gefasst haben, für den sich bereits der schöne Name „Neumarkt-Frieden“ etabliert hat. Diesen Beschluss konnten fast alle mittragen, weil sich fast alle mit viel gutem Willen aufeinander zubewegt haben. Auch dieser denkwürdige Moment gehört zu meinen persönlichen Highlights des Jahres 2023, an die ich noch lange zurückdenken werde.

Dazu passt die schöne Tradition des Handgiftentags, bei dem wir uns nachher – wie in jedem Jahr – die Hände reichen werden. Als feierliche Bekräftigung, dass wir für das Wohlergehen unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger bei allen Meinungsverschiedenheiten konstruktiv zusammenarbeiten wollen. Auch das, meine sehr geehrten Damen und Herren, gehört zur DNA unserer schönen Friedensstadt Osnabrück!

Ich freue mich, dass Sie alle heute hier sind, danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit – und wünsche Ihnen und Ihren Familien von Herzen ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr!